

## Kurze Notizen

Triest wurde von einer sogenannten Bora heimgefuhr. Der Wirbelsturm riß zahlreiche Personen auf der Straße um und verletzte über 20. Der Zug- und Schiffsverkehr wurde lahmgelegt.

Der erste internationale Kongreß für die Sicherheit im Flugwesen faßte eine Entschließung, nach der die Arbeiten für die Förderung der Sicherheit im Flugverkehr regelmäßig fortgesetzt und in Zukunft möglichst oft, und zwar mindestens alle zwei Jahre, ein internationaler Sicherheitskongreß abgehalten werden soll.

Die Besprechungen des Ministerialdirektors im „Foreign Office“, Craigie, in Rom gelten als abgeschlossen. Mussolini erklärte ihm, daß Italien zu einer gerechten Verständigung mit Frankreich bereit sei. Man nimmt an, daß weitere Verhandlungen zwischen Paris, Rom und London erst nach dem 10. Januar wiederaufgenommen werden.

Die Beratungen über das indische Verfassungsproblem, die u. a. eine Ausöhnung zwischen Hindus und Mohammedanern bringen sollen, sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Verschiedentlich betrachtet man sie bereits als gescheitert. Die „Times“ allerdings meint, daß die Beratungen hoffnungsvoll begonnen hätten und unter dem Einfluß MacDonalds voraussichtlich erfolgreich abschließen würden.

Die bulgarische Kammer nahm in dritter Lesung einen Gesetzentwurf über die Satzungen für die Ausfuhrstelle an, die den Erzeugern das Getreide zu höheren Preisen als auf dem Markte abnehmen wird.

## Regierungsjorgen nach dem Felt

Das Reichskabinett hat befaßlich in einer seiner letzten Sitzungen vor Weihnachten beschlossen, die Aktion zur Herbeiführung einer allgemeinen Preisentkung nach den Feiertagen wiederaufzunehmen. In den großen Kreisen der Verbraucher ist man gegen die Preisabbaupolitik der Regierung etwas mißtrauisch geworden, weil man hier der Auffassung ist, daß bisher eine durchgreifende Senkung der Warenpreise auf der ganzen Linie nicht feststellbar ist. Jedenfalls ist das, was in sechs Monaten Preisabbaupolitik erreicht wurde, insgesamt gesehen, nicht ausreichend, um einen Ausgleich gegenüber dem auf breiter Front zu verzeichnenden Einnahmerückgang des einzelnen zu schaffen. Die Ueberwindung der Selbstkostenkrise durch Selbstkostenminderung steckt noch in den Anfängen. Die überhöhten öffentlichen Lasten sind unverändert geblieben. Die versprochene Realsteuerentkung scheitert in der Regel an dem Widerstand der eigenstaatlichen Interessen der Länder, während die Gemeinden fast durchweg eine Verbilligung ihrer Werttarife ablehnen. Andere Kostensfaktoren, die von der öffentlichen Hand bestimmt werden, zeigen die gleiche Starrheit.

Es fehlt die Bereitwilligkeit der öffentlichen Hand, über alle parteipolitischen und eigenstaatlichen Sonderwünsche hinweg sich mit vorbildlicher Tat in die Unkosten- und Preisentkungsaktion einzuschalten. Solange das aber nicht geschieht, bleibt die Preisentkungsaktion in ihrer Gesamtauswirkung unbedeutend. Die Selbstkostenkrise der deutschen Wirtschaft wird dann verewigt, mit ihr aber gleichzeitig auch die Ertragskrise; denn, von Ausnahmen abgesehen, ist heute das Verhältnis von Selbstkosten zu Preisen derart, daß weiten Kreisen der deutschen Wirtschaft ein ertragsreiches Wirtschaften nicht mehr möglich ist. Ohne Rentabilität aber ist eine Wirtschaft auf die Dauer zum Absterben verurteilt. Darüber gibt es heute keinen Zweifel. Nach zuverlässigen Schätzungen des früheren Staatssekretärs Dr. Popitz werden 53% des Volkseinkommens von der öffentlichen Hand beschlagnahmt. Diese prozentuale Ziffer steigt in demselben Ausmaß, in dem der Nominalbetrag des Volkseinkommens infolge Lohn- und Gehaltsföhrungen und Preisentkungen zurückgeht, die öffentlichen Preise aber, d. h. die Steuern, unverändert bleiben. Die Reichsregierung wird dieser Tatsache Rechnung tragen müssen, wenn sie nicht ihr ganzes Sanierungswert scheitern lassen will. Mit Recht weist der bekannte Finanzpolitiker Alfred Lansbourgh in der Zeitschrift „Die Bank“ auf diese indirekte Steigerung der Gesamtsteuerlast und die damit bewirkte Verschärfung der Ertragskrise hin. Mit nicht weniger Recht verlangt der Verband der Vereine Creditreform in dem Novemberheft seiner Zeitschrift, daß dieser im Gegensatz zur Preisentkungsaktion der privaten Wirtschaft stehenden Entwicklung der öffentlichen Finanzen die Schärfe durch Beileitigung des fiskalischen Konkursvorrechtes genommen wird. Und an gleicher Stelle wird von dem bekannten Nationalökonom Prof. Dr. Ernst Schulze-Leipzig betont, daß Steuerentkung in einem übersteuerten Lande eines der wirksamsten Mittel ist, die Ertragskrise wenn auch nicht zu befeitigen, so doch zu mildern.

Gerade dieser Abbau der öffentlichen Lasten ist es aber, der in immer weiteren Kreisen der Öffentlichkeit mit immer größerer Entschiedenheit verlangt wird. Durch die Preisentkung werden allen Schichten der deutschen Bevölkerung nicht unerhebliche Opfer auferlegt; die Arbeitnehmer bringen sie in Gestalt von Lohnföhrungen, die Unternehmer und Zwischenhändler in Gestalt von Preisentkungen. Charakteristisch für den gegenwärtigen Stand der öffentlichen Meinung in dieser Hinsicht ist ein kleines Vorkommnis, das zu denken geben sollte. In Breslau findet man in den meisten Geschäften ein Plakat mit der Ueberschrift „Bilanz der Reichsregierung, überreicht vom Einzelhandel“. Hier rechnet der Einzelhandel, der ja bei der gegenwärtigen Preisentkungsaktion meist der Leidtragende ist, der Reichsregierung mit dürren Ziffern vor, inwiefern er selber bei seinen einzelnen Artikeln den Preisabbau durch-

führt und inwiefern die Regierung bei ihren Leistungen das gleiche getan habe. Es ergibt sich aus dieser Gegenüberstellung, daß der Einzelhandel durchschnittlich seine Preise bis zu 10%, in einzelnen Fällen darüber hinaus, abgebaut, die Regierung dagegen die öffentlichen Tarife, Steuern usw. nicht nur nicht gefenkt, sondern teilweise sogar noch erhöht hat. Man wird sich wohl nicht alle Einzelheiten dieser Gegenüberstellung ohne weiteres zu eigen machen, aber es läßt sich doch nicht verkennen, daß allmählich sich der Sinn der Preisentkung in das Gegenteil zu verkehren anfängt, wenn sich nicht auch die öffentliche Hand dazu bequemt, bei sich selbst mit der Senkung der Preise für ihre Leistungen ebenso Ernst zu machen, wie das die private Wirtschaft sogar schon vor Beginn der Regierungsaktion zur Senkung der Preise getan hat.

Im Grunde hat diese ganze Aktion ja nur darin bestanden, daß die Regierung die einzelnen Kreise der Wirtschaft zusammenrief und mit ihnen die Möglichkeit einer Senkung ihrer Selbstkosten und Preise besprach. Der Ausgangspunkt der ganzen Preisentkungsaktion war eben die simple Erkenntnis, daß die deutsche Wirtschaft infolge der ständigen Steigerung aller öffentlichen Lasten, der Zinsen, Frachten und Löhne, ein Selbstkostenniveau erreicht hat, das dasjenige des konkurrierenden Auslandes weit übertrug, so daß Deutschland mehr und mehr von der Beteiligung am Weltverkehr ausgeschlossen wurde. Deutschlands Wirtschaftskrise zeigte sich in ihren Ursachen als eine Selbstkostenkrise, die nur durch eine Senkung der Selbstkosten der Preise überwunden werden konnte. Deshalb das Bestreben der Wirtschaft wie der Regierung dahin, die Unkostenfaktoren zu ermäßigen und die Preise entsprechend herabzusetzen, um so der deutschen Wirtschaft nicht nur den Anschluß an den Weltmarkt zu sichern, sondern ihr auch erweiterte Absatzmöglichkeiten im Inlande zu verschaffen. Erst wenn die Regierung sich vorbehaltlos in diese Aktion mit eigenen Opfern einschaltet, ist der Erfolg gesichert.

## Notverordnung und Landwirtschaft

In landwirtschaftlichen Kreisen bestehen vielfach Irrtümer über die Tragweite der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930, soweit sie sich auf die Steuervereinfachung bezieht. Es wird die Meinung verbreitet, daß die Notverordnung die Landwirtschaft stärkeren Zugriffen der Länder und Gemeinden in Bezug auf die Erhöhung der Grundsteuer aussetze. Diese Meinung ist unrichtig. Nach dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Reichsregierung mußte allerdings damit gerechnet werden, daß der Einnahme-Ausfall, der Ländern und Gemeinden aus dem Wegfall der landwirtschaftlichen Einkommensteuer bis zu 6000 Km. erwuchs, im Wege einer Erhöhung der Grundsteuer wieder eingebracht werden und daß eine Erhöhung der Grundsteuer in Ländern und Gemeinden, wenn auch in bescheidenen Grenzen, erfolgen würde. Im Gegensatz hierzu schließt aber die Notverordnung eine Erhöhung der Grundsteuer aus diesem Anlaß, bis zum 31. März 1934 jedenfalls, aus. Die Notverordnung enthält ebenfalls die Bestimmung, daß die Einkommensteuer für die ersten 6000 Km. des Einkommens aus landwirtschaftlichem Vermögen wegfällt und durch die Grundsteuer zugleich als Einheitssteuer abgegolten werden soll. Sie bestimmt aber weiter wörtlich folgendes:

„Um zu verhindern, daß in den Ländern und Gemeinden die Grundsteuer im Hinblick auf den Ausfall erhöht wird, der aus der Abgeltung der Einkommensteuer durch die Grundsteuer als Einheitssteuer erwächst, wird an die Länder in den Rechnungsjahren 1932 und 1933 aus Mitteln des Reichshaushalts je ein Betrag von 20 Millionen Km. nach dem Verhältnis der Fläche verteilt. Wird die Grundsteuer im Hinblick auf den in Satz 1 bezeichneten Ausfall erhöht, so wird der Anteil des Landes nicht ausgeschüttet.“

Für 1931 sieht die Notverordnung eine Ermächtigung des Reichsfinanzministers vor, diese Vorschriften bereits für 1931 in Kraft zu setzen. In diesem Falle soll die Einkommensteuer für die nicht zu veranlagenden ersten 6000 Km. landwirtschaftliches Einkommen durch die zum 15. November 1930 und 15. Februar 1931 zu leistenden Vorauszahlungen abgegolten sein. Den Ländern wird dann auch für 1931 aus Mitteln des Reichshaushalts zur Abgeltung für die ihnen erwachsenden Verluste ein entsprechender Betrag zugewiesen. Der Landwirtschaft erwächst also aus der Notverordnung lediglich eine steuerliche Erleichterung insofern, als sie bei einem landwirtschaftlichen Einkommen bis 6000 Km. in den Jahren 1932 und 1933 und gegebenenfalls auch 1931 zur Einkommensteuer nicht herangezogen wird. Eine Erhöhung der Grundsteuer aus diesem Anlaß ist ausgeschlossen.

## Lohnkonflikt in Ost und West

Keine Einigung im ober-schlesischen Bergbau  
Berlin, 24. Dezember.

Die Schlichtungsverhandlung für den ober-schlesischen Bergbau haben zu keiner Einigung geführt. Die Streitigkeiten wurden vertagt und Manteltarif und Zeitabkommen bis 15. Januar 1931 verlängert. Die Verhandlungen für die Lohnstreitigkeiten sollen am 5. Januar stattfinden. Die Grubenbesitzer wollen einen Lohnabbau von 12 Prozent durchsetzen, außerdem die Spalte B und C des Tarifvertrages befeitigen, was für die betreffenden Arbeiter einen weiteren Lohnabbau von etwa 10 Prozent bedeuten würde. Ferner sollen die Prämienzulagen gestrichen werden. Von Arbeitnehmerseite wurde den Arbeitgebern entgegengehalten, daß so für die meisten ober-schlesischen Bergarbeiter ein Lohnabbau von 25 Prozent zustande kämen.

Beifeiterte Verhandlungen auch in der rechtsrheinischen Textilindustrie.

Die zwischen dem Arbeitgeberverband für den bergischen Industriebezirk und den Gewerkschaften geföhrten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Lohnabkommens für die rechtsrheinische Textilindustrie an Stelle des von den Arbeitgebern zum 31. Dezember gekündigten Abkommens sind

ergebnislos verlaufen. Am 30. Dezember werden vor dem staatlichen Schlichter die Schlichtungsverhandlungen begonnen.

## Lohnabbau in der badischen Holzindustrie

Für die badische Holzindustrie wurde ein Schiedspruch gefaßt, der einen Lohnabbau in der Spitzengruppe (1,14 Reichsmark) von 8 Pfg. auf 1,08 Mark vorseht. Der Lohnabbau soll am 1. Januar 1931 in Kraft treten. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum 5. Januar 1931.

## Neuer Verwaltungsrat der Reichsbahn

Bayern, Württemberg und Sachsen entsenden Vertreter.  
Berlin, 26. Dezember.

Von dem am 31. Dezember 1930 aus dem Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft auscheidenden Mitgliedern hat die Reichsregierung die Herren Geheimrat Kommerzienrat Dr. Peter Klödner, Reichsbahndirektionspräsident a. D. Dr. Bitus von Hertel, Staatssekretär a. D. Dr. Carl Stielor und Hermann R. M. Münchmeyer wiederernannt. Ferner sind die Herren Landrat a. D. Freiherr von Wilnowsky, Warienthal bei Eckartsberga und Ministerialdirektor Geheimrat Rat Dr. Erich Klien, Dresden, neu ernannt. Herr von Hertel ist von der bayerischen Regierung, Herr Dr. Stielor von der württembergischen Regierung und Herr Dr. Klien von der sächsischen Regierung benannt worden.

## Erwerbslosendemonstration in Berlin

Berlin, 27. Dezember.

Am Nachmittag des 24. Dezember markierten etwa 300 Erwerbslose in aufgelöstem Zug unter Hoch- und Niederrufen auf beiden Seiten der Chausseestraße in südlicher Richtung. An der Ecke Invalidenstrasse wurde der Zug unter Anwendung des Gummihüppels aufgelöst. Weiter südlich sammelten sich die Demonstranten wieder in der Friedrichstraße. Drei Personen wurden zwangsgestellt.

## Reichsminister a. D. Dr. David gestorben

Berlin, 27. Dezember.

Der langjährige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und ehemalige Reichsminister des Innern, Dr. Eduard David, ist am 24. Dezember in seiner Wohnung in Zehlendorf gestorben. Dr. David war am 11. Juni 1863 in Ediger in der Rosel geboren und zuletzt Gesandter des Reiches in Darmstadt.

## Serbert Bold haftentlassen

Kiel, 27. Dezember.

Wie die Justizpressestelle mitteilt, hat der Strafsenat des Oberlandesgerichtes Kiel den Haftbefehl gegen den in großen Bombenlegerprozeß zu Zuchthaus verurteilten Serbert Bold wegen Haftunfähigkeit aufgehoben.

## Keine Verschwörung in Jugoslawien

Belgrad, 27. Dezember.

Die Agentur Awala bezeichnen die in der ausländischen Presse verbreiteten Meldungen über die Verschwörung von 17 angeblich mit der Regierung des Königs Alexander unzufriedenen Offizieren des jugoslawischen Heeres als tendenziöse Erfindung.

## Blante Franco Königsattentat?

Paris, 26. Dezember.

Ein Journalist veröffentlicht über die gescheiterten Pläne Nello Francos Mittelsagen, die beweisen sollen, daß der spanische Fliegermajor tatsächlich einer der Hauptleiter des letzten Putsches in Spanien gewesen sei. Nach den eigenen Angaben Francos soll dieser die Absicht gehabt haben, den königlichen Palast in Madrid durch Fliegerbomben zu zerstören und damit den Tod des Königs und der Königin von Spanien herbeizuföhren. Der Journalist will Major Franco in Rafta in Portugal, wo er als Internierter untergebracht war, aufgesucht und ihn über den Anlaß seiner Flucht ausgefragt haben. Nello Franco habe ihm erklärt, daß er nach seiner Flucht aus dem Madrider Gefängnis Madrid nicht eine Stunde verlassen hätte, sondern bei Freunden in einem Versteck untergebracht gewesen sei. Hier habe er den Staatsstreich erwartet, der Senor Alcalá Zamora als Präsidenten an die Spitze des Landes hätte bringen sollen. Franco soll erklärt haben, daß er entschlossen gewesen sei, mit einem Bombardement auf den königlichen Palast die Königsfamilie zu befeitigen. Er habe dann aber beobachtet, wie auf dem Plaza del Armas mehrere kleine Kinder gespielt hätten, die bei Ausführung des Bombardements wahrscheinlich als unschuldige Opfer des Attentats umgekommen wären. Deshalb habe er im letzten Augenblick gezögert, die zum Abwurf bereiten Bomben zu lösen. Denn den Palast in die Luft zu sprengen, sei seine Aufgabe in dieser Revolution gewesen. Dieser Bombenabwurf habe das Zeichen sein sollen für alle Republikaner in Spanien zum allgemeinen Aufstand. Die jegliche Revolution sei ein Fehlschlag gewesen. Franco soll aber der Auffassung Ausdruck gegeben haben, daß „wir schon bald wieder zu tun haben werden. Die letzte Revolution in Spanien war politisch, die nächste wird wirtschaftlich sein“. Ob es sich bei diesen Aussagen tatsächlich um Auserungen Nello Francos oder um die Phantasie eines Journalisten handelt, ist nicht festzustellen. Borerst befindet sich Nello Franco noch in Portugal und erwartet seine Freilassung.

laddin und  
bis 10,30;  
30.: Der  
agabundus  
Wunder-  
Freitag,  
Journalist  
Wunder-  
30; Mon-  
le Nacht,  
ndmahl in  
chnachts-  
orf),  
ndmahl-  
mfi.  
iegendem  
ndmahl.  
mfi.  
Beichte  
9 Uhr  
lgottes-  
Predigt-  
Der-  
rwa  
bisch.  
on  
walde  
a Uhr  
ing  
bericht.  
enes